

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 28.09.2022
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 18:44 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf- ab 16:17 Uhr.
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Cemal Yaman

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Helmut Ott

Herr Michael Schaumann

Herr Alexander Trautmann

Abwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
- 2** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 C "Waldau Wasen", Gemarkung Großdeinbach, Flur Waldau
- Satzungsbeschluss
- 3** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 11. Änderung (Waldau Wasen), Gemarkung Großdeinbach, Flur Waldau
- Feststellungsbeschluss
- 4** Umlegungsanordnung für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen", Gemarkung Bargau gemäß § 46 Abs. Baugesetzbuch (BauGB)
- 5** Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung
Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
- 6** Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd" und Bestellung der Stellvertreter der Betriebsleitung
- 7** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 8** Bekanntgaben
- 9** Anfragen
 - 9.1** VGW-Projekte
 - 9.2** Weihnachtsbeleuchtung
 - 9.3** PV-Flächen
 - 9.4** Bäume Tennisplatz Bettringen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er setzt Tagesordnungspunkt 1 ab. Darüber hinaus liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) - Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
Vorlage: 168/2022**

Protokoll:

Abgesetzt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 C "Waldau Wasen", Gemarkung Großdeinbach, Flur Waldau
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 164/2022**

Protokoll:

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für die Ausführungen. Die Rigolen und Zisternen seien wichtig. Wichtig sei, dass dies auch kontrolliert werde. Eine volle Zisterne nutze bei viel Regen nichts. Auch Drainagen dürften nicht an die öffentliche Entwässerung angeschlossen werden, dies solle auch für städtische Straßen gelten. Die Gebäudehöhe solle von 6,50 auf 6,70 m erhöht werden. Außerdem erkundigt er sich nach dem bezahlbaren Wohnraum. Es sei schwierig, dies umzusetzen.

Herr Hackner antwortet, dass die 20 cm Höhenunterschied im Toleranzbereich liegen würden.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man dies beim nächsten Bebauungsplan gleich so vermerken solle. Die Tiefgarage müsse innerhalb der Baulinie sein. Hier solle man ebenfalls tolerieren, wenn es über die 17 m hinausgehe.

Herr Hackner antwortet, dass man die Tiefgaragen so geplant habe, dass es funktioniere.

Stadtrat Preiß/CDU bittet darum, dies nochmals zu prüfen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass der bezahlbare Wohnraum insgesamt ein Thema sei. Man habe jedoch den Beschluss. Man müsse sich über den Beschluss unterhalten, ob dies gehe oder nicht. Darüber müsse man diskutieren. Dazu müsse man dann auch Experten einladen, die Taskforce Wohnen solle sich damit beschäftigen.

Herr Hackner antwortet, dass es im Rahmen der nichthaushaltswirksamen Anträge diskutiert werde, man mache hierzu einen Workshop.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man zufrieden sei. Sie erkundigt sich, ob man zwingend vorschreiben könne, das Zisternenwasser für Toilettenspülungen zu nehmen. Außerdem gehe sie davon aus, dass ein KfW40-Standard zwingend vorgeschrieben werde.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass voraussichtlich ab 01.01.2023 sowieso der KfW40Plus-Standard gelten werde.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass eine Erdgasleistung in das Baugebiet führe. Sie erkundigt sich, ob man anstelle dieser auch ein kaltes Nahwärmenetz vorsehen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass die Vorgaben bspw. mit der Zisterne nicht zwingend im Satzungsbeschluss enthalten sein müssten, man könne dies auch im Kaufvertrag regeln.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass eine Wasserwärmepumpe im Winter sehr unwirtschaftlich sei.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE führt aus, dass die Planungen positiv seien. Er begrüßt die Schaffung des bezahlbaren Wohnraums. Außerdem erkundigt er sich, ob man eine zusätzliche Haltestelle schaffen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde. Zum Thema bezahlbarer Wohnraum führt er aus, dass es am Ende des Tages jemand bezahlen müsse.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass das Gebiet sehr gut erschlossen sei. Sie kenne es so, dass Zisternen als Puffer-Rückhaltebecken dienen würden und nach dem Regen daher geleert werden müssten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass bei den Zisternen ein verzögerter Ablauf vorgesehen sei. Man dürfe den verzögerten Ablauf nicht verschließen.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass 1/3 aufgestaut werden würden, 2/3 des Wassers würden abfließen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW signalisiert ebenfalls Zustimmung. Zisternen seien gut, was die Menschen mit dem Wasser machen, sollte den Menschen jedoch selbst überlassen werden. Er bittet um Mitteilung des Signals des Ortschaftsrates.

Ortsvorsteher Zischka äußert, dass der Ortschaftsrat einstimmig der Vorlage zugestimmt habe.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man das Thema bezahlbarer Wohnraum aufarbeiten müsse. Der Beschluss gelte. Die Anregungen werde man aufnehmen.

Stadtrat Bläse/CDU bittet um eine frühere Kommunikation, wenn Tagesordnungspunkte abgesetzt werde würden. Man solle im Ausschuss diskutieren, daher solle man sich nun auch die Zeit nehmen. Das Brauchwasser sei ein wichtiges Thema, dies müsse man besprechen. Man müsse den Leuten vermitteln, dass es eine sinnvolle Sache sei. Bei den Rigolen müsse man prüfen, ob man das Oberflächenwasser dort auffangen könne. Man solle die Zulässigkeit nochmals prüfen. Zum bezahlbarer Wohnraum gebe es unterschiedliche Meinungen. Klar sei, dass man diesen brauche, die Nachfrage werde steigen. Daher müsse man es diskutieren und schauen wie man möglichst viel bezahlbaren Wohnraum schaffe. Auch das Thema Nahwärmeversorgung könne man besprechen. Wenn man es einmal besprochen habe, müsse man es nicht jedes Mal erneut besprechen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vorschlag, den man gerne aufgreife. Man solle es am 19.10.2022 thematisieren.

Bürgermeister Mihm äußert, dass man die Bauleitplanentwürfe mit neuem Auge sehen solle. Man werde sich die Zeit nehmen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Man könne das Schwammstadtprinzip prüfen. Man werde auch prüfen, inwiefern eine Verankerung im Bebauungsplan sinnvoll sei.

Stadtrat Schwab/SPD stimmt den Ausführungen von Stadtrat Bläse zu. Die SPD-Fraktion habe die Idee eines Klimaausschusses eingebracht, man solle diesen Vorschlag nochmals prüfen. Er erkundigt sich nach dem Stand der kommunalen Wärmeplanung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass diese noch dauere. Man solle daher dezentral überlegen. Man sei an den grundsätzlichen Themen wie Wasser und Wärmedran, ebenso beim Thema bezahlbarer Wohnraum. Alles koste Geld, am Ende des Tages müsse es jemand bezahlen. Beim Klimaausschuss gehe es um grundsätzliche Themen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man einen Antrag zu einem Zwischenbericht der Wärmeplanung gestellt habe. Es sei wünschenswert, dies zu verknüpfen. Man sei sehr offen für einen Klimabeirat. Man beginne bei vielen Punkten

immer wieder bei 0. Zu den Zisternen führt er aus, dass die Regenwassernutzung und der Regenwasserhaushalt nur ein Punkt eines klimaneutralen Baugebietes sei. Es gehöre auch die Gartengestaltung dazu, auch Ausgleichsflächen durch Versiegelung durch die Gebäude. Es seien breite Themen, hier solle man sich ebenfalls zusammensetzen. Man solle die Zisterne für die Toilettenspülung vorschreiben, da niemand so viel Wasser für das Gießen benötige. Man solle es als gesellschaftliche Aufgabe für die Allgemeinheit sehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er darüber informiert worden sei, dass der Grundwasserpegel zurückgehen würde, er würde sich nun auf einem niedrigeren Niveau einpendeln. Der Verbrauch dieses Jahr sei bei 97 Mio. Kubikmeter, man sei im Jahr 2018 beim höchsten Verbrauch von 102 Mio. Kubikmetern gewesen. Der Wasserturm sei wieder im Kommen. Man habe zu wenig Pfützen und Teiche. Die Insekten würden daher wandern, sie würden sich in den Vorräten ansiedeln, es gebe einen Befall der Wasserbehälter. Zum Thema Zisternen äußert er, dass es eine Frage sei, ob man es vorschreibe oder stattdessen informiere.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste hält es für fraglich, die komplexen Themen in einer normalen Sitzung abzuhandeln. Man springe von Thema zu Thema. Man spreche hier auch von höheren Kosten, diese würden sich im bezahlbaren Wohnraum widerspiegeln. Er regt an, den gesamten Themenkomplex im Rahmen einer Klausurtagung zu besprechen.

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass man den Flächennutzungsplan auf den Weg gebracht habe. Man solle sich grundlegend einig sein.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man dann eine Grundlage hätte, wenn man den Flächennutzungsplan verabschiede. Im Verwaltungsausschuss/Eigenbetriebsausschuss habe man die PV-Offensive eingebracht.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW geht auf den Vorschlag des Klimaausschusses ein. Bauen und Klima würden in einem unmittelbaren sachlichen Zusammenhang stehen, dies würde dazu führen, dass man dasselbe Thema mehrfach erörtert. Die Themen seien im Bau- und Umweltausschuss/Betriebsausschuss für Stadtentwässerung sinnvoll aufgehoben. Man habe den Klimarat als beratendes Gremium eingerichtet.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es um grundsätzliche Themen gehe.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass die Themen den BUA/BAS sprengen würden, es bleibe keine Zeit, wichtige grundlegende Fragen zu besprechen. Die Komplexität und Anzahl der Themen würden die Kapazität dieses Ausschusses übersteigen.

Stadtrat Bläse/CDU stimmt den Ausführungen von Stadtrat Schwab zu. Zweitrangig sei, wie dieser Ausschuss benannt werde. Es gehe um die grundsätzlichen Vorbereitungen, damit man nicht jedes kleine Baugebiet im Detail zerpfücken müsse.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60

nachrichtlich an Amt: 11

- zu 3** **Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 11. Änderung (Waldau Wasen), Gemarkung Großdeinbach, Flur Waldau**
- Feststellungsbeschluss
Vorlage: 166/2022

Protokoll:

Siehe TOP 2.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

- zu 4** **Umlegungsanordnung für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen", Gemarkung Bargau gemäß § 46 Abs. Baugesetzbuch (BauGB)**
Vorlage: 130/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein. Er betont, dass es aktuell nur um die Vorbereitung einer Umlegungsanordnung gehe, nicht um die Umlegung an sich. Er betont, dass alle fünf Grundstücksbesitzer die Grundstücke an die Stadt geben wollen. Man habe 37 von 42 Eigentümer, die die Optionsverträge bereits unterzeichnet hätten. Man könne keinen höheren Preis anbieten, jeder erhalte den gleichen Preis.

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Das Umlegungsverfahren sei ein interessantes Instrument, für ihn sei es ein neues Instrument. Er habe daher auch mit dem Landratsamt gesprochen, das Landratsamt mache dies regelmäßig. Es habe nichts mit Enteignung zu tun, diesen Weg wolle man auch nicht gehen. Es sei ein Instrument, wenn die Eigentümer nicht verkaufen wollen würden, damit man eine Möglichkeit zum Agieren habe. Das Thema sei so wichtig für die Stadt, daher wolle man es sich auch nicht von ein oder zwei Grundstückseigentümern kaputt machen lassen, die die Grundstücke mittig hätten. Er finde daher das Verfahren auch angebracht. Es sei an der Zeit, die Themen anzugehen. Die eigentliche Umlegung könne dann relativ schnell erfolgen, es dauere etwa ein halbes Jahr nach Aussage des Landratsamtes. Man wolle nicht den gleichen Fall wie Weilheim, dass man einen Investor habe und loslegen möchte und dann die Grundstücke nicht habe. Er appelliere daher nochmals an die Eigentümer. Wichtig sei, dass man im Gespräch sei.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Fraktion nicht klar sei, welches die aktuelle Fassung des Baugesetzbuches sei. Den Umlegungsbeschluss könnte man eventuell nur für einen gültigen Bebauungsplan fassen. Man habe ASPEN zugestimmt, da man die große Chance sehe, ein nachhaltiges Industriegebiet zu bekommen. Ein nachhaltiges Industriegebiet sei auch mit nachhaltiger Energieversorgung verbunden, hier sehe man eine große Chance. Die Verwaltung müsse sich Gedanken machen, was man mache, wenn diese nicht verkaufen würden. Das Umlegungsverfahren sei daher richtig.

Herr Hackner antwortet, dass man aktuell an der Umlegungsanordnung dran sei.

Stadtrat Schwab/SPD ist mit dem Umlegungsverfahren einverstanden. Er erkundigt sich nach Gesprächen mit eventuellen Investoren und bittet um Information in der nächsten Gemeinderatssitzung.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu, dies gehe jedoch nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE führt aus, dass die Fraktion zunächst überrascht gewesen sei und Angst gehabt habe, dass etwas ins Stocken gerate.

Herr Hackner betont, dass 37 Grundstücke bereits notariell optioniert seien.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es positiv, dass man das Verfahren einleite.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass unter den verbliebenden Besitzern kein einziger Landwirt sei.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich nach einem Zeitplan.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man sich den 31.12.2022 gesetzt habe. Es sei dann die Frage, wie man mit den anderen umgehe. Brauche man diese oder brauche man diese nicht? Starte man das Umlegungsverfahren oder nicht? Dies müsse man dann entscheiden. Man sei schon sehr weit, man stehe kurz vor dem Abschluss.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW hofft auf eine einvernehmliche Lösung. Es spreche für das Umlegungsverfahren als Plan B.

Stadtrat Bläse/CDU betont, wenn das Thema Umlegungsverfahren tatsächlich durchführe, würden die Grundstückseigentümer ebenfalls wieder eine landwirtschaftliche Fläche mit gleichem Wert erhalten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung
Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
Vorlage: 169/2022**

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wo es noch Kleinkläranlagen und geschlossene Gruben gebe.

Herr Bantel antwortet, dass dies vor allem im Außenbereich der Fall sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtentwässerung
Schwäbisch Gmünd" und Bestellung der Stellvertreter der Betriebsleitung
Vorlage: 155/2022**

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine.

zu 8 Bekanntgaben**Protokoll:**

Keine.

zu 9 Anfragen**zu 9.1 VGW-Projekte****Protokoll:**

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass er im Frühjahr eine Anfrage bezüglich der VGW-Projekte gestellt habe, eine Antwort blieb aus. Nun habe er aktuelle Informationen aus der Presse entnommen, er hätte sich hier eine Vorab-Information gewünscht.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies mit Herrn Piazza so besprochen hätte, er sei dann jedoch krankheitsbedingt ausgefallen. Man werde am 19.10.2022 darüber informieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: VGW
nachrichtlich an Amt:

zu 9.2 Weihnachtsbeleuchtung**Protokoll:**

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er der Presse entnommen habe, dass man die Weihnachtsbeleuchtung erhalten und keine Symbolpolitik wolle. Diesen Begriff habe er noch nicht gekannt. Man müsse in den kleinen Bereichen sparen. Man könne darüber diskutieren, ob die Stadt nicht als gutes Beispiel vorangehen möchte. Er wolle daher eine Energiebilanz und genaue Zahlen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Herrn Caesar habe. Mit den Maßnahmen dieser Gruppen sei man in die Runde der Fraktionsvorsitzenden gegangen. Den Weihnachtsmarkt und die Weihnachtsbeleuchtung wolle man aus anderen Gründen durchführen, man könne schauen wie

man die Weihnachtsbeleuchtung gestalte. In der Diskussion mit den Fraktionsvorsitzenden habe man sich zunächst auf den Weihnachtsmarkt beschränkt. Er habe der Presse die genauen Zahlen genannt. Der innere Bereich seien ca. 5.400 Euro. Weniger heiße, die Ledergasse bräuchte es dann beispielsweise nicht. Man habe ein Treffen mit den Teilorten, manche Weihnachtsbäume hätten bereits auf LED umgestellt, teilweise sei dies auch durch Sponsoring erfolgt. Man wolle es mit den Ortsvorstehern besprechen. Zudem wolle man das Thema Straßenbeleuchtung besprechen und prüfen, ob man diese ab einer bestimmten Uhrzeit in der Nacht abschalte. Er habe symbolisch gesagt, weil man mehrere tausend Lichtpunkte in der Stadt habe.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65, 10.4, T&M
nachrichtlich an Amt:

zu 9.3 PV-Flächen

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich, ob die Freifläche in der Buchstraße auch für Photovoltaik vorgesehen werden könne. Die PV-Offensive habe man eingebracht. Es gehe immer darum, möglichst viele Flächen zu bringen. Er erkundigt sich, ob die Fläche in der Buchstraße auch in Frage käme.

Herr Hackner antwortet, dass diese im Bebauungsplan als Parkierungsfläche ausgewiesen sei.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man es prüfen werde. Wenn man 112 Hektar Fläche nun für Photovoltaik ausweise, heiße es nicht, dass diese auch alle bebaut werden. Die ausgewählten Flächen hätten am wenigsten Zielkonflikte, jedoch müsse man für jede einzelne Fläche ein Bebauungsplanverfahren durchlaufen. Es sei sehr kompliziert.

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, ob man den Menschen in der Innenstadt auch anbieten könne, andere Flächen zu nutzen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man einen genauen Arbeitsplan habe. Man habe den Verwaltungsausschuss/Eigenbetriebsausschuss informiert und prüfe es derzeit intensiv.

Bürgermeister Mihm berichtet, dass man im Austausch sei. Aus denkmalschutzrechtlicher Sicht sei es schwierig, es gebe aber auch Städte, die es umgesetzt hätten, beispielsweise in Langenburg.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass er viele Anfragen habe. Auch er selbst würde in seinem Büro zusammen mit der Hausgemeinschaft gerne flache PV-Anlagen installieren. Wenn man mit der Drohne fliege, sehe man dies jedoch. Er erkundigt sich, ab wann

man sich an die Stadt mit Anfragen wenden könne.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass man die technischen Grundlagen in Form des Solarkatasters beauftragt habe. Dies müsse man abwarten, ebenso die rechtlichen Bedingungen des Denkmalamtes. Wichtig sei, dass es sich optisch einfüge und man beispielsweise keine Anlagen mit schwarzen Umrandungen installieren könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass es auch integrierte Anlagen in Dachziegel gebe, optisch gebe es keinen Unterschied.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass dies ebenfalls zu den Bedingungen des Denkmalamtes gehöre.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 9.4 Bäume Tennisplatz Bettringen

Protokoll:

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass der Tennisplatz in Schwäbisch Gmünd in den 1970er Jahren gebaut worden sei. Die Bäume seien sehr eng gesetzt. Mittlerweile seien es Bäume, die zwei bis drei Meter in den Tennisplatz hineinragen würden. Die Äste seien bereits umgefallen. Daraufhin habe man Baumkletterer hochgeschickt, es sei eine teure Angelegenheit und müsse regelmäßig gemacht werden. Sie möchte daher einen Weg für eine nachhaltige Lösung finden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass sich dem Thema die Baumkommission annehmen solle.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: